Zypern, Markt und Macht - wie das Geld der Sparer durch eine Parallelwährung sicher werden kann. Von Robert Schmidtke
Die entfesselten Finanzmärkte sind für die Demokratie heute gefährlicher, als es der Kommunismus zu Zeiten des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts gewesen ist.

Müssen, oder müssen die Kleinsparer nicht für die Staatsschuldenkrise, die tatsächlich nichts anderes als eine Krise der zockenden Banken ist, herhalten? Der Versuch der elf Finanzminister der Euro-Staaten, im Auftrag von Troika, Staatschefs und genau dem Gusto der Banken folgend, die Kleinanleger auf Zypern zu enteignen, wird von Menschen in allen Ländern Europas als genau das erkannt, was er auch sein sollte: Als Test, was passiert, wenn man es überall tut. Als Test, die Politik von der Pflicht zu entbinden, sich mit der eigentlichen Macht hinter sich anzulegen. Dem Finanzkasino, den Börsen, den Spekulanten.

Robert Schmidtke, Vorsitzender von Frühling in Deutschland, einer neuen Partei in Deutschland, die zur Bundestagswahl im September mit einer neuen, politischen Kultur - und einer echten Perpsektive zur bisherigen Geldpolitik der Bundesregierung - antritt, schreibt dazu in einem Leitartikel in GT, wie er und seine Partei diese Enteignung der Sparer in Deutschland verhindern werden.

Der 49jährige Unternehmer aus Regensburg, Vater von zwei erwachsenen Kindern, beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren mit dem Mysterium Geld. Der Wirtschaftswissenschaftler kandidiert als Vorsitzender seiner Partei bei den nächsten Wahlen nicht nur für eine neue politische Kultur in Deutschland. Nein, mehr noch, er tritt ernsthaft als Kanzlerkandidat an - und hat den festen Willen, dieses Amt auch zu bekleiden.

In GT - dem deutschen Online-Magazin für Politische Kultur - schreibt Parteichef Schmidtke in einem Leitartikel

Ich gestehe: Ich fühle mich zutiefst beschämt. Ich schäme mich, wenn ich unseren Bundesfinanzminister im Fernsehen ertragen muss, der es bedauert, dass die zypriotischen Abgeordneten in der Nacht auf den 20. 3. 2013 die EU-Beschlüsse und das Diktat der Troika von Internationalem Währungsfond (IWF), EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht einfach, stumpf, un-hinterfragt abgenickt und umgesetzt haben. Es ist die Höhe, wenn selbst Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier für sozialdemokratische Impulse zu sprechen behaupten, indem sie sagen, jeder, also eben auch der Kleinanleger müsse für die verschuldeten Banken in Zypern gerade stehen. Ins selbe Horn stoßen Cem Özdemir und Jürgen Trittin bei Anne Will und anderen Protagonisten eines Medien-Hype um die Frage: Darf man Sparer bestehlen?

Und ich frage mich: Habe ich da etwas falsch verstanden? Hat mich mein Verständnis von Humanismus und Bildung ein halbes Jahrhundert um den Zynismus der Wirklichkeit betrogen?

Richtig ist: Die ganze Welt fordert von den paar Zyprioten, dass diese auf ihrer kleinen Insel für eine Politik bluten müssen, die immer gut davon gelebt hat, dass sie großen Investoren den sicheren Hafen für große Geldmengen versprochen hat, deren Herkunft - sagen wir einmal vorsichtig - nicht immer ganz klar und sauber nachweisbar ist. Der Versuch einer Enteignung der Kleinsparer bleibt nach den Diskussionen der letzten Tage unlöschbar im Gedächtnis der Menschen haften.

Auch die Anleger in Deutschland und überall in der Welt müssen also erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass, wenn das ernst gemeint sein sollte, was den zypriotischen Sparern abverlangt wird, auch ihre eigenen Spareinlagen auf deutschen Banken und Sparkassen nicht mehr das Papier wert sind, auf dem ihnen die Sicherheit ihrer Ersparnisse einst versprochen worden ist. Und auch die Versprechen der Bundeskanzlerin werden womöglich übermorgen schon halt nur noch so eine Idee gewesen sein; Versprecher. Kann doch mal passieren.

Die Menschen in Zypern sind also auf die Straße gegangen. Das war ihr gutes Recht. Und das wird es bleiben, so lange es als Konsens gilt, dass die Einlagen von ganz normalen Durchschnittssparern als sicher zu gelten haben - auch dann, wenn sie auf der Bank deponiert werden. Die Menschen in Zypern protestieren. Gegen die Teilenteignung Ihrer Sparguthaben, die Brüssel Ihnen aufzwingen wollte, auch wenn die Politiker jetzt so erschreckt behaupten, sie hätten immer gesagt, den Zyprioten stehe es frei, auch andere Mittel zur Finanzierung der Staatssanierung zu finden. Die Menschen auf der Insel der Götter sind zu Recht empört. Sie protestieren auch gegen die Deutsche Regierung. Die Zyprioten, wie auch die Griechen und andere, sehen in der Politik der Berliner Republik den Taktgeber für die Zwangsmaßnahmen. Noch ist der Protest weitestgehend friedlich. Dass das nicht so bleiben muss, ja, dass es ganz sicher nicht so bleiben wird, dämmert den Götzen des Geldes im Kanzleramt und in den Regierungspalästen der weiteren Finanzdiktatoren Europas spät erst, sehr spät. Zu spät? Nun, vielleicht noch nicht zu spät. Vielleicht aber auch doch.

Sicher ist eigentlich wenig, am wenigsten unser Geld auf den Konten der Banken, wo immer diese stehen.

Dabei hätte alles auch ganz anders verlaufen können.

Eine Analyse auf Spiegel Online teilt die Eurokrise in Phasen ein. Phase eins: Zu Beginn der Krise sollte der Steuerzahler die ganze Last tragen. Phase zwei: Seit Griechenlands Schuldenschnitt sind Gläubiger wie Banken und Versicherungsgesellschaften mit in der Haftung. Phase drei: Unbegrenzte Anleiheaufkäufe durch die EZB. Phase vier: In Zypern beginnt die Teilenteignung der Bankkunden.
Das markiert eine Zeitenwende.

So viel Frechheit war noch nie.

Es zeigt jedoch vor allem: Wie weit die Angst vorangeschritten ist; die Angst der Herren des Geldes. Und Zypern zeigt noch mehr: Wer immer und wo immer was auch immer als sicher bezeichnet, der hat im Hintersinn etwas ganz anderes. Es ist die Schlafpille, die den Kritikern verabreicht werden soll, die diese Auguren der Behauptung einer Sicherheit, die es nicht gibt, den Menschen zumuten.
Die Süddeutsche Zeitung titelt dieser Tage mit einem Merkel-Zitat: Die deutschen Konten sind sicher.

Das ist auch so ein Schnack. Und wenn seine Auswirkungen nicht so traurig wären, so könnte man gern glockenhell auflachen.

Worum geht es eigentlich der Frau Merkel, unserer Bundeskanzlerin, deren Politik in der Mitte der deutschen Gesellschaft zu Recht geschätzt wird, wirklich? Es geht auch ihr: um Geld. Mehr noch aber um das System, wie unser Geld funktioniert.

Und wie funktioniert es nun? Es basiert auf zwei Regeln.

Regel Nr. 1 besagt, dass Geld den Tausch von Waren und Dienstleistungen garantiert.
Regel Nr. 2 besagt, dass Geld einen Wert darstellt und dass es mehr werden kann, wenn es angelegt wird.

Soweit so gut. Denken wir und hoffen, dass die Manager des Geldes das schon schaukeln werden. Tun sie aber - leider - nur zockend. Das Finanzkasino gibt immer dem das Wort, der am lautesten schreit. Das sind - wiederum leider - nicht immer die Aufrichtigen. Es sind zumeist sogar gerade nicht jene, sondern die anderen. Die Zocker. Diejenigen, die am meisten zu verlieren haben, wenn die Regeln geändert werden: 0,1 Prozent Finanztransaktionssteuer auf Geschäfte im Millisekundentakt? Unmöglich! Schreien diese bösen Buben. 6,75 Prozent dem zypriotischen Kleinbauern einfach klauen? Wunderbare Idee! Es ist so gegensätzlich und scheinbar unverträglich wie sozial tatsächlich unverantwortlich - und doch eine Realität, die in der herrschenden deutschen Politik der Mitte von Links bis Rechts auf ein breites Grinsen trifft.

Doch ein breites Grinsen ist eben doch nicht immer besser, als ein schmales Wissen: Die Proteste der Zyprioten haben uns das gezeigt. Dass sich diese Vertreter eines schmalen Wissens bei aber dennoch unbändigem Stolz und nicht zu überbietendem Selbstbewusstsein am Ende durchsetzen, bleibt zu hoffen. Denn sonst ...

Aber zunächst wieder ins Herz unseres Themas:

Unser Geldsystem von heute ist längst an seine Grenzen gestoßen: Geld wird vermehrt nicht mehr in Realgüter investiert, sondern existiert überwiegend nur noch virtuell. Damit sich die Krise nicht noch weiter ausbreitet, benötigen wir nach meiner festen Überzeugung ein Update unseres Geldsystems. Das nun zu erklären, ist auch für mich nicht leicht, weil es sich eben um ein komplexes Thema handelt. Ich versuche es trotzdem.

Neben dem Euro würde sich für jedes Land des Euroverbundes nach meinem Dafürhalten eine nationale Parallelwährung hervorragend eignen. Wir können diese auch Komplementärwährung nennen. Dann stellen wir uns folgendes etwa für Deutschland vor: Der Angestellte bei Siemens erhält seinen monatlichen Lohn z.B. in Euro oder in der Parallelwährung, ganz wie er es will. Nennen wir die Parallelwährung einfach mal D-Mark-2.0. Entscheidet er sich für den D-Mark-2.0, kann er alles damit bezahlen, Miete, Essen, Kleidung. Wenn ihm auf seinem Girokonto am Ende des Monats D-Mark-2.0 übrig bleiben, wird zum Monatswechsel eine Gebühr fällig von beispielsweise 0,5%. Wenn nun der Angestellte am 30. des Monats noch 1000 D-Mark-2.0 auf seinem Konto hat, dann erscheint am 1. Tag des Folgemonats sein Kontostand mit 995 D-Mark-2.0. Jetzt werden Sie sich fragen, wo sind die fünf D-Mark-2.0 geblieben? Und warum sind ihm überhaupt diese fünf D-Mark-2.0 abgezogen worden?

Zur ersten Frage: von den fünf D-Mark-2.0 bekommt die Bank für die Kontoführung, also für die Organisation des Geldverkehrs eine D-Mark-2.0. Davon kann die Bank sehr gut leben. Denn das Kerngeschäft einer Bank ist nicht die Gewinnmaximierung beim Zocken. Das Kerngeschäft einer Bank ist die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten. Eine reine Dienstleistungsaufgabe. Jede Leistung muss eben einen Preis haben. Wir alle wissen heute, dass, was nichts kostet, auch nichts wert ist. Die vier D-Mark-2.0 gehen in die Kasse der jeweiligen Stadt, Kommune oder Gemeinde als Zusatzeinnahme. Daraus können zum Beispiel soziale oder öffentliche Aufgaben finanziert werden, die der Allgemeinheit zu Gute kommt. Ganz wie die Bürger es für richtig erachten. Kinderkrippenplätze, Bildungszuschüsse oder Bürgerfeste, die den Zusammenhalt festigen.

Zur zweiten Frage, warum bei einem Girokontoguthaben von 1000 D-Mark-2.0 am Ende des Monats fünf D-Mark-2.0 Gebühr anfallen. Das ist ganz einfach. Geld, das nicht im Wirtschaftskreislauf ist, also aufgehoben wird und auf irgendwelchen Konten herumliegt, mindert die Wirtschaftsleistung eines Landes. Warum? Es fehlt genau dieses Geld, um den Tausch von Waren und Dienstleistungen zu garantieren und das - das ist jetzt besonders entscheidend -, zu stabilen Preisen.

Eine weitere Besonderheit ist, dass der Euro und die D-Mark-2.0 jederzeit getauscht werden können. Und zwar bei einem freien Wechselkurs. Der Angestellte bei Siemens kann also jederzeit mit dem Euro nach Italien oder in die USA in den Urlaub fahren, denn der Euro funktioniert ja in der ganzen Welt.

Warum aber ist der D-Mark-2.0 so wichtig für Deutschland? Weil sie alle im Inland produzierten Waren, die auch im Inland konsumiert werden, unabhängig macht von dem Einfluss von außen.

Jetzt könnte ich über die Weiterungen noch ellenlang aus volkswirtschaftlicher Sicht referieren. Das tue ich an dieser Stelle nicht. In einem Grundsatzvortrag habe ich die Politik als die Spitze eines Eisbergs beschrieben. Fünf Prozent über die Wasserfläche, 95% darunter. Wir müssen hier nicht bis auf den Grund und der Folgerungen gehen. Nur so viel kann ich ihnen versichern, mit diesem System wird Ihr Geld sicher sein. Und damit kehre ich zurück zu Zypern heute und zur leidvollen Geschichte des Geldes in der Kultur des menschlichen Zusammenlebens.

In der Geschichte der Menschheit findet man zahlreiche Beispiele für ein Geldwesen, welches nach natürlichen Regelkreisen zum Wohle der Allgemeinheit funktionierte. Auch heute, für die arbeitsteilige Welt des 21. Jahrhunderts, wären wir in der Lage, unser Geldwesen so zu modernisieren, dass Krisen wie die Eurokrise nicht mehr entstehen könnten. Unser Geld wäre beständig, sicher und kaufkraftstabil.

Alle Voraussetzungen sind da, alle Überlegungen sind gemacht, alle Modelle sind entwickelt. Einzig der Wille des Wählers fehlt, weil er in seinem Denken und Handeln so mit Leben und Überleben beschäftigt ist, dass keine Zeit mehr bleibt, sich mit der Natur und ihrer Ordnung zu beschäftigen. Es werden immer nur aktuelle Details diskutiert und nicht die Zusammenhänge. Genau die Zusammenhänge aber werden zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Wenn wir nicht heute beginnen, das Neue zu denken, kommt nicht nur für Zypern jede Hilfe zu spät. Dann beginnt Phase fünf, sechs, sieben, acht, neun und zehn. Nach und nach müssen erst Spanien und Italien unter den Rettungsschirm ESM und dann frisst sich die Krise in den Norden. Wenn wir also Europa bejahen, dürfen wir es nicht in Euro-Gegner und Euro-Befürworter spalten. Wir sollten stattdessen heute handeln und den Mut und die Kraft haben, für ein modernes und faires Geldsystem zu stimmen.

In Deutschland kann es entwickelt und erfolgreich eingeführt werden. Machen wir in unserem Land den Anfang. Zeigen wir der Welt, dass Made in Germany nicht nur bei Autos und Maschinen das höchste Qualitätsmerkmal ist, sondern auch bei der Qualität des Geldes. Zu unserem Wohle und zum Wohle aller Europäer.

Wenn wir dafür stimmen, dann, und wirklich nur dann, haben sich die Krisen der vergangenen Jahre seit 2008 im wahrsten Sinn des Wortes bezahlt gemacht, denn wir hätten aus ihnen gelernt.

In unserer schönen Partei, FRÜHLING in Deutschland, sitzen die Spezialisten, die mit Ihrer Stimme die richtigen Schritte auf den Weg bringen können.

Zypern heute und der Frühling in Deutschland - lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Und wenn Sie dabei sein wollen - machen Sie doch einfach mit.

Mehr über Frühling in Deutschland: "http://www.fruehling-in-deutschland.de/"

Der Autor: Robert Schmidtke, Vorsitzender der Partei Frühling in Deutschland, ist Unternehmer. Der 49jährige Vater von zwei erwachsenen Kindern lebt in Regensburg. Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt er sich mit dem Mysterium Geld. Als Wirtschaftswissenschaftler kandidiert Schmidtke bei den nächsten Wahlen für eine neue politische Kultur in Deutschland.
Â
Wer mit klugen Lesern rechnet, steht in GT.

Mehr zu Zypern und zu weiteren Fragen der Politischen Kultur in GT, dem Online-Magazin des Global Village.

Herausgeber:
Norbert Gisder

Pressekontakt

GT - Deutsches Online-Magazin für Politische Kultur

Herr Norbert Gisder
Dorfstraße (Kablow Ziegelei) 15
15712 Königs Wusterhausen

gt-worldwide.com
n.gisder@gmx.de

Firmenkontakt

GT - Deutsches Online-Magazin für Politische Kultur

Herr Norbert Gisder
Dorfstraße (Kablow Ziegelei) 15
15712 Königs Wusterhausen

gt-worldwide.com
n.gisder@gmx.de

GT - Über das Online-Magazin für Politische Kultur und Mobilität.

Journalisten von rms veröffentlichen seit 1998 Berichte, Reportagen, Feature, Kommentare und Fotos in Zeitungen im In- und Ausland. Seit 12 Jahren liefert rms Texte, die in Millionenauflagen in den großen Printmedien gedruckt worden sind. GT bündelt redaktionelle Kompetenzen u.a. in den Bereichen Technik, Wirtschaft, Luftfahrt, Seefahrt, Auto, Tourismus, Medizin, Reise, Kultur, Politik.

Mit dem meinungsstarken Online-Magazin GT richtet sich rms an Leser, die gerade im Internet Qualitätsjournalismus und Hintergründe fordern und sich nicht mit dem schönen Schein der oft ärgerlich oberflächlichen Aktualität begnügen. Mit seinem Themenmix vermittelt GT im Internet die Vielfalt des globalen Miteinanders.

An die Redaktionen:

Dieser Kommentar ist für Sie bei Quellennennung honorarfrei.

GT schreibt gern für Sie - gern auch exklusiv. Bei Abdruck von Texten, die Redaktionen in GT finden und in Ihrem Haus veröffentlichen wollen, weisen sie bitte auf das Magazin GT und die Internet-Seite www.gt-worldwide.com hin. Hoch aufgelöste Fotos werden Ihnen auf Wunsch zugeschickt (bei mail@gt-worldwide.com anzufordern).

Auf der Seite www.gt-worldwide.com finden sich die AGB, die als Grundlage für Abdruckgenehmigungen von Texten aus dem Online-Magazin GT gelten.

rms bittet um Zusendung von Belegexemplaren bei Abdruck.

Autoren und Korrespondenten von rms recherchieren und schreiben auch für Ihre Zeitung exklusiv u.a. auch in englischer, französischer, spanischer, italienischer, portugiesischer und russischer Sprache.

Anlage: Bild